

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und
6.80 Beilagen, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingangsnummer 10 Bfg. Postfachkonto Hannover 67 877.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenspalte oder deren Raum 10 Zeilen.
Reklame 30 Bfg. Beilagen unter 25 g je laufende 15 Bfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 877.

Nr. 23.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 28. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Wer die berichtet fremden Fehl,
Dem sollst du drum nicht traun.
Er möchte so mit deinem Fehl
Den Nachbar auch erbaun.

Rückert.

Osthilfe oder Oststellenhilfe?

Von bestunterrichteter Seite wird anlässlich des Beginns der entscheidenden Beratungen des Reichskabinetts über die Osthilfe geschrieben:

Die Ostreise des Reichskanzlers hat, ganz gleich, was sonst ihr Ergebnis war, zumindest den Beweis erbracht, daß die Theorien der Preußenkassette von den Krisenherden im Osten und von der einseitigen Hoffnung auf die Veredelungswirtschaft falsch sind. Andererseits liegt es auf der Hand, daß das Reich, die Rentenbank-Kreditanstalt und die Zentralkreditanstalten der Industrie reichliche Erfahrungen gesammelt haben und dazu bereit sind, im Rahmen einer vernünftigen Agrarpolitik, wie sie vom Reichsernährungsminister eingeleitet ist, für den Osten zu arbeiten. Das bisherige Vergehen der Osthilfe ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß in dem von der Preußenkassette ausgedachten bürokratischen Verfahren unter der Kontrolle junger Leute die Beurteilung von Betrieben nach Gesichtspunkten erfolgt, die unter falschen Grundprinzipien der Erreichung eines Phantoms dienen. Schon unter dem Gesichtspunkt der Aufbringung der Mittel sollte es der Industrie bei dem Versuch der Schaffung eines Ausgleichs gegenüber der bisherigen Vernachlässigung der Landwirtschaft nicht zugemutet werden können, sich dem Eigendünkel eines kleinen Kreises zu fügen, der nicht einmal die sozialistische Partei zum Rückhalt hat, wie der scharfe Kampf dieser Gruppe gegen Dr. Waade beweist. In der Verschleppung und Bürokratisierung der Osthilfe rächt es sich heute, daß sich in der Oststelle eine intellektuelle Verarmtheit breit machen konnte, weil man die Rentenbank-Kreditanstalt mit Gewalt ausschalten wollte.

Man hat bisher versucht, Osthilfepolitik gegen das Ernährungsministerium zu machen. Bei der engen Verbindung der Ostfragen mit den allgemeinen landwirtschaftlichen Verhältnissen ist aber jede Osthilfe ohne genaue Übereinstimmung mit der Agrarpolitik von vornherein zum Scheitern verurteilt und muß auch weitere Gefahren für die gesamte Landwirtschaft und die von ihr abhängige Wirtschaft im Gefolge haben. Soll sich etwa der groteske Zustand einstellen, daß wir zwei voneinander grundverschiedene Bezirke in Deutschland bekommen sollen: das Ostgebiet, in dem nach dem Prinzip der experimentellen Agrarpolitik gearbeitet wird, und das übrige Gebiet, in dem nach den Grundsätzen einer gefundenen Agrarpolitik der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung ihr Platz eingeräumt ist? Diese Entwicklung hat bereits begonnen. Die mit ihren Erfahrungen bei der Oststelle ausgeschaltete Rentenbank-Kreditanstalt hat in letzter Zeit damit begonnen, ihre einfachen Pläne in den unmittelbaren an das Osthilfegebiet grenzenden sächsischen Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen beispielhaft durchzuführen. Die Organisation ist denkbar einfach und erfordert keinen Apparat, also auch keine Stellen, deren Inhaber auf die Erhaltung dieser Stellen bedacht sind. Durch die Dezentralisierung unter Vermeidung von Behörden, die durch die Landesregierung dirigiert werden, und durch die maßgebende Einschaltung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung ist eine derartige Verschleppung der Arbeit erzielt worden, daß die ersten Anträge bereits genehmigt sind und die Auszahlung wahrscheinlich früher erfolgt, als die ersten Gelder der Osthilfe fließen können, obwohl die Organisation der Osthilfe monatelang vorher begonnen hat. Schon damit ist die Arbeitsunfähigkeit der bisherigen Oststellenkonstruktion schlagend erwiesen. Die skandalöse Verschleppung der Osthilfe wäre also bei einigen guten Willen und bei ausreichender Einschaltung der Rentenbank zu vermeiden gewesen.

Für die ernsthafteste Erörterung kann es nicht entscheidend sein, ob zweifelhafte bürokratische Organisationen bestehen bleiben können. Das scheint aber bei einem Teil der in letzter Zeit unter merkwürdigen Begleitumständen der Öffentlichkeit vorgelegten Osthilfeskentwürfe, insbesondere bei den aus der Ressortbesprechung vom 12. Januar, ausschlaggebend gewesen zu sein. Nach der Kanzlerreise sollten solche Probearbeiten der Ressorts interessellos sein. Bereits vor Eintritt der Reise haben Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie den zu ständigen Stellen hinsichtlich Taktik und Technik der Osthilfe nahegelegt, zu einer sachgemäßen Osthilfe im Ein-

vernehmen zwischen den Berufsständen und mit den Berufsständen überzugehen. Zum finanziellen Teil ist nach dem alten Lutherplane der Grundgedanke die freiwillige Aufbringung wesentlicher Mittel durch die Industrie und die freiwillige Übernahme der Verantwortung durch die Landwirtschaft. Um so bedauerlicher mußte die Art der Veröffentlichung der Industriepäne empfunden werden. Denn nach dem Grundgedanken der Selbstverwaltung kann die Landwirtschaft auch die Industrie nicht als souveränen Geldgeber anerkennen.

Trotz aller Dementis und Referenten- und Oststellenentwürfe bilden diese überarbeiteten Pläne mit gleichartigen Grundgedanken des Eugenberg-Planes und der alten Forderungen Schieles die einzige Grundlage der über die politischen Hintertreppen hinausreichenden ernsthaften Verhandlungen. Da insbesondere die Banken schnelle Klarheit über die endgültigen Grundlagen und über die Vorgehensweise der Maßnahmen brauchen, damit nicht weiter Geld verschleudert oder ungenutzt liegen gelassen wird, werden die grundsätzlichen Entscheidungen sehr schnell fallen müssen, wenn die Institute nicht nach dem Vorbild der Rentenbank selbständig vorgehen sollten, um wenigstens etwas noch zu retten. Den Banken, insbesondere der Reichsbank, kann nicht der Verlust weiterer Wirtschaftsmillionen und dem Finanzminister der Verlust weiterer Finanzmillionen durch Opferung an das jetzige Oststellen System zugemutet werden. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Rentenbank-Kreditanstalt — die etwas mehr Prestige zu verlieren hat, als die Preußenkassette — sich überhaupt mit Plänen einer Reichsstelle befaßt, die nach wenigen Stunden schon von anderen Reichsstellen umgeworfen werden. Bei der Osthilfe steht nun einmal mehr auf dem Spiel als ein paar Stellen in irgendeiner überflüssigen Behörde. Die Verhandlungen um die Osthilfe sind an der Grenze angelangt, an der aus mehr oder weniger wohlgemeinten Bemühungen ein ungeheurerlicher Skandal werden kann.

Die Denkwürdigkeiten eines Reichskanzlers.

Von Graf Posadowsky, M. d. R.

Aus der Leserschaft wurden mir schon verschiedentlich aufgefodert, zu dem Buche Bülow's Stellung zu nehmen. Das ganze Buch hat uns noch nicht vorgelegen. Eine ganze Reihe von in Zeitungen gebrachten Aufsätzen konnten wir lesen. Nun erschien jetzt in Nr. 6 „Deutsches Volkrecht“ der vorliegende Artikel von Graf Posadowsky. Graf Posadowsky war von 1897—1907 Staatssekretär und Stellvertreter des Reichskanzlers Bülow. Wir nehmen an, daß es den Lesern besonders wertvoll ist, die Meinung des Grafen Posadowsky über diese Sache kennenzulernen und denken den ganzen Artikel hier ab.

Nach dem Kriege wurde die Öffentlichkeit durch die Herausgabe zahlreicher Denkwürdigkeiten, Ergebnisse von verschiedenen Werte, überschwemmt. Da kehren unsere Gedanken unwillkürlich zu dem monumentalen Werke des Fürsten Bismarck zurück, das für alle Ewigkeit ein Lehrbuch für das deutsche Volk und ein Denkmal der Geschichte sein wird. Auch Fürst Bülow, als ehemaliger Reichskanzler, hat sich verpflichtet gefühlt, seine Erlebnisse und Ansichten über Menschen und Verhältnisse der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten, obgleich er früher erklärt hatte, er wolle Denkwürdigkeiten nicht veröffentlichen. Die Zeit, in der Fürst Bülow als Staatssekretär des Auswärtigen und dann nach dem Ausscheiden des Fürsten Hohenlohe als Reichskanzler tätig war, fällt in die Spanne vom Ende des letzten bis zum Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts, also in einen Abschnitt, in dem man die politischen Richtlinien des Fürsten Bismarck glaubte verlassen zu können und gleichzeitig die Einkreisung Deutschlands — das heißt der Weltkrieg — sich vorbereitete. Die beiden Vorgänger des Fürsten Bülow, Graf Caprivi und Fürst Hohenlohe, waren wesentlich andere Persönlichkeiten als der Verfasser der neuesten Denkwürdigkeiten. Graf Caprivi, durch und durch Soldat, diplomatischen Intrigen und parlamentarischen Machenschaften innerlich und sachlich fernstehend, aber mit eifrigem Fleiß bemüht, sich in die Aufgaben seines Amtes einzuarbeiten. Er hatte eine harte Jugend durchlebt, war infolge dessen in seinen Lebensbedürfnissen und Neigungen von spartanischer Einfachheit und Anspruchslosigkeit. Jedes äußere Hervortreten seiner Person vermied er soweit wie möglich. Seine Lebenserfahrungen hatten ihn zu einer gewissen Herbe seines Urteils geführt, namentlich über wirtschaftliche Gesellschaftsschichten, wenn sie mit Ansprüchen an den Staat hervortraten, die seiner Ansicht nach mit dessen Lebensbedingungen und mit der wirtschaftlichen Gerechtigkeit nicht

vereinbar waren. Für Hohenlohe, das Muster eines Diplomaten der alten Schule, ein sehr feiner Kopf, vorsichtig tastend und zurückhaltend, ohne Belastung mit gesellschaftlichen oder tieferen wirtschaftlichen Kenntnissen, aber von klarem und gesundem Urteil. Aus Temperament und Klugheit, ruhig abwartend, vermied er es, voreilig oder aus persönlichem Ehrgeiz, in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Von seinen Vorgängern wesentlich verschieden war Fürst Bülow; er hatte in vielen Ländern und an verschiedensten Höfen gelebt, legte Wert auf Neuherlichkeiten des Lebens und auf Lebensgenuss, nicht von tiefen lebensführenden Grundsätzen geleitet, sondern schwierige Lagen durch geschickte Ausnutzung menschlicher Schwächen, namentlich der Eitelkeit, vorübergehend ausgleichend. Er legte Wert darauf, in allem, was geschah, möglichst als tonangebend hervorzutreten, auch wenn er den Dingen sachlich fernstand; er war „un homme plein de soi“, wie der Franzose sagt. Dieses sein innerstes Wesen spricht deutlich aus seinen Denkwürdigkeiten. Es ist ein Werk voller Anekdoten zum Teil bedenklicher Art; amtliches Material, vertrauliche Gespräche, ebenso vertrauliche Briefe sind ohne Rücksicht auf Personen und ihr Andenken eingehend wiedergegeben; zum Teil scheinen diese langen Gespräche mit Rebe und Gegenrede nachträglich stilisiert zu sein. Gelegentlich fällt ein scharfes Urteil über die Unwürdigkeit von Schmeichlern; es werden aber wiederholt und eingehend schmeichehafte und bewundernde Neuherungen wiedergegeben, die mündlich oder schriftlich über die Person des Verfassers und seine Leistungen geäußert wurden. Der Kaiser betrachtete den Fürsten Bülow als seinen Freund, er hat ihn mit allen Auszeichnungen geehrt, die in seiner Macht lagen. Als Fürst Bülow in der Sitzung des Reichstages neben mir bewußtlos zusammenbrach, meldete ich diesen Vorfall telephonisch seiner Majestät. Der Kaiser kam sofort nach dem Reichstag und stürzte, sichtlich tief erschüttert, in das Foyer mit den Worten: „Wo ist mein Bernhard?“ Worauf ihm geantwortet wurde, daß der Reichskanzler bewußtlos in gefährlichem Zustande in seinem Geschäftszimmer liege, was auf den hohen Herrn einen tieferschmerzenden Eindruck hervorrief. In den Denkwürdigkeiten ist indes an vertraulichen und amtlichen Neuherungen des Kaisers und an vertraulichen Neuherungen und Urteilen dritter Personen über den Kaiser gewissenhaft alles zusammengetragen, was diesem Herrscher in dem Urteil der Gegenwart und dem Andenken der Geschichte abträglich sein kann. So entsteht ein expressionistisches Gesamtbild, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Lobende und verteidigende Neuherungen des Verfassers scheinen nur niedergelegt zu sein, um die Absicht der vorhergehenden Angriffe zu verschleiern. Ebenso unsachlich und rücksichtslos sind, unter Mißachtung gewählten Vertrauens, die Urteile und Neuherungen über viele andere Personen. Eine tiefer gehende Beurteilung staatsrechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse, die zum Verständnis der Zeit als Leitfaden für das lebende Geschlecht und als Quelle für die künftige Geschichtsschreibung dienen könnten, werden vermieden; dagegen findet sich die Wiedergabe höchst bedenklicher Neuherungen, die einen ungünstigen Einfluß auf unser Verhältnis zu anderen Staaten haben müssen. Wenn man sich diese Denkwürdigkeiten vergegenwärtigt, die mindestens in ihren Grundzügen täglich festgelegt sind, so fragt man sich erstaunt, wie ein Reichskanzler neben seinen vielseitigen amtlichen und gesellschaftlichen Pflichten Zeit und Lust finden konnte, sein Gedächtnis und seine Arbeitskraft mit diesem umfangreichen und zum Teil so wichtigen Stoff zu belasten, um sie der Nachwelt zu überliefern. Besonders hart urteilt der Verfasser auch über seinen Nachfolger von Bethmann Hollweg, während er über seine eigenen Geheißnisse bescheiden schweigt. Die Auflösung des Reichstages im Jahre 1906 wegen einer nebensächlichen Bemerkung zum Haushaltsplan nach Niederwerfung des Sereraufstandes war ein politischer Mißgriff und eine ungerechte Handlung. Diese Maßregel richtete sich ausgesprochenemmaßen gegen das Zentrum. Der demnach zwischen rechts und links gebildete Block fiel bei der ersten sachlichen Probe naturgemäß auseinander; seitdem ist das Zentrum tatsächlich die regierende Partei des Reichstages geworden. Die Marokkopolitik erscheint vom politischen Standpunkt aus ein geradezu phantastisches Unternehmen, das uns mit unserem Verbündeten Italien entzweite, und in Algerien die Mächte gegen uns zusammenführte, die bald darauf im Weltkrieg uns gegenüber standen. Der ganze große Aufwand endete schließlich mit der Gründung einer gemeinsamen Bank in Tanger. Als bereits der Weltkrieg mit Flammenzeichen am Himmel stand, fand Fürst Bülow nicht die Kraft, die Flottenpolitik des Staatssekretärs von Tirpitz in Bahnen zu lenken, welche

Die Erhaltung des Friedens mit England, des schließlichen Regisseurs des Weltkrieges ermöglicht hätten. Man mag der Ansicht sein, daß Herr von Bethmann Hollweg einer Aufgabe als Reichskanzler nicht genügt; in einer Beziehung hatte er jedenfalls ein richtiges Gefühl: Er suchte wieder freundliche Beziehungen mit England anzuknüpfen. Vielleicht vermochte er sich nicht durchzusetzen — es war zu spät.

Bei dem harten Urteil über seinen Nachfolger verzagt Fürst Bülow, daß es seine Politik war, die uns schließlich in den Weltkrieg geführt hat. In einem Zeitungsartikel über seine Denkwürdigkeiten wurde gesagt, er habe nicht den schweren Säbel des Fürsten Bismarck geführt, sondern mit dem zierlichen Degen gekämpft; kein, seine Waffen sind weder der Säbel noch der Degen, mit dem Männer ihre Brust dem Gegner bieten, für Ehre und Leben kämpfen; die Waffe in seinen Denkwürdigkeiten gleicht dem Dolche, der dem wehr- und ahnungslosen Gegner in den Rücken gestochen wird — aus gedeckter Stellung. Fürst Bülow war ein Freund von Zitierten. Ueber seine Denkwürdigkeiten könnte man das — englische — Motto setzen:

„Ein Uebel ist ein offener Feind,
Doch über noch ein Freund, der's feindlich meint.“

Fürst Bülow gibt von sich selbst ein Charakterbild, wie kein Dritter es hätte unternehmen dürfen zu zeichnen. Jeder ernst denkende und ethisch empfindende Leser wird das Buch mit seelischer Unlust aus der Hand legen.

Die Rückkehr aus Genf.

— Berlin, 27. Januar.

Reichsaußenminister Dr. Curtius, der am Montag mit der deutschen Delegation von der Genfer Tagung der Europakommission und des Völkerbundesrates nach Berlin zurückgekehrt ist, wird in den nächsten Tagen dem Kabinett sowie dem Auswärtigen Ausschuss und schließlich auch dem Plenum des Reichstags über seine Verhandlungen Bericht erstatten. Da der Reichstag, der ja Anfang Februar seine Arbeiten wieder aufnimmt, gleichzeitig an die Verabschiedung des Reichshaushaltsplans für das am 1. April beginnende neue Finanzjahr herangehen muß, werden uns die nächsten Wochen so etwas wie eine politische Klärung bringen.

Fürs erste genügt es, den Rahmen zu skizzieren, in dem sich die — sicher sehr lebhaften — Diskussion bewegen wird. Außenpolitisch hat Deutschland in Genf eine Verurteilung der grausamen polnischen Gewalttaten gegen die Angehörigen der deutschen Minderheit, eine Zurechtweisung der polnischen Behörden, die diese Grenzverletzungen mit verächtlichen Armen mitangehen, ja sie sogar begünstigt haben, und eine Feststellung der Verpflichtung Polens, den Opfern des Terrors Schadenersatz zu leisten und Genugtuung zu geben, erreicht.

Damit sind Polen Sanktionen auferlegt worden, die den polnischen Stolz empfindlich treffen müssen, die andererseits die Deutschen in der Lage setzen, eine Wiederholung der Terrormaßnahmen abzuhalten. Insofern gibt es wenig Meinungsverschiedenheiten. Bedauerlich an dieser Lösung ist aber, daß die Durchführung der Sühne- und Wiedergutmachungsmaßnahmen Polen überlassen geblieben ist. Das wiegt um so schwerer, als wir mit der Ausführung internationaler Verträge durch Polen wiederholt sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Nun ist dem polnischen Außenminister zwar aufgegeben worden, dem Rat im Mai über die Durchführung der Maßnahmen zur Gewährleistung des Minderheiten-

schutzvertrags Bericht zu erstatten, doch ist es fraglich, ob der Völkerbundsrat dann noch die Energie aufbringen wird, die notwendig ist, um wesentliche Korrekturen erzwingen zu können.

In der Presse, und ebenso in den führenden Zeitungen des Auslandes, wird der Ratsbeschluss allgemein als eine scharfe Verurteilung Polens gewertet. Wenn der „Daily Herald“ aber noch darüber hinausgeht und von einem „großen Triumph des Völkerbundes“ spricht, dann muß demgegenüber doch darauf hingewiesen werden, daß man richtiger von einem Ständal spricht, nämlich insofern, als abgesehen von dem Vorfall führenden englischen Außenminister Henderson kein Vertreter einer sonstigen Macht es für notwendig befunden hat, das Wort zu nehmen, um das Interesse der Welt an der Minderheiten-Schutzfrage zu dokumentieren.

Für die deutsche Regierung wird es jetzt darauf ankommen, die forcierte und schnelle Ausführung der Wiedergutmachungsmaßnahmen zu überwachen, damit nichtfalls erneut die Weltöffentlichkeit angerufen werden kann. Daß für den Wojewoden Gracynski, diesen wahrhaft bösen Geist des Deutschtums, in der ostpreussischen Verwaltung kein Platz mehr ist, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Solange dieser schwerbeladene Heber an der Spitze der Verwaltung steht, hat die deutsche Bevölkerung Ostpreussens Gerechtigkeit nicht zu erhoffen.

In der zweiten Frage, um die es in Genf ging, die Einberufung der Abrüstungskonferenz, wird im Reichstag an der Zurückstellung der Konferenz bis Februar 1932 Kritik geübt werden. Kann man bis dahin von den Saboteuren der Abrüstung doch noch allerlei erwarten, wie der Ueberrumpelungsversuch Briand's in der Schlussansprache über die Abrüstung zeigte. Denn für Deutschland ist der ausgearbeitete Entwurf eines Abrüstungsvertrages alles andere als ein „solider Rahmen“, wie es Briand meinte. Das wird bei den notwendigen Vorberhandlungen über die Abrüstungskonferenz noch wiederholt deutlich zum Ausdruck gebracht werden müssen, und es ist deshalb gut, wenn auch der Reichstag die Gelegenheit wahrnimmt, für Deutschland das uneingeschränkte Recht auf paritätische Sicherheit zu fordern und die Konsequenzen eines Versagens des Völkerbundes in dieser Hinsicht klarzustellen.

Die Innenpolitik wird, wie bereits gesagt, von der Verabschiedung des neuen Reichshaushalts beherrscht werden. Hierbei wird man vor allem darauf Rücksicht nehmen müssen, daß endlich eine feste Grundlage für einen neuen Wiederaufstieg des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft geschaffen wird.

Der Eindruck in Ostpreußen.

„Der Systemwechsel erst dann gesichert, wenn der böse Geist Ostpreussens verschwindet.“

Zu der Ratsentscheidung in der Minderheitenfrage schreibt der „Ostpreussische Kurier“ in Rastowitz, es sei das erstmal, daß sich eine minderheitenfreundlichere Tendenz im Völkerbundsrate bemerkbar gemacht habe. Was erreicht worden sei, stelle das höchste dar, was in Genf zu erreichen gewesen sei. Der Appell Hendersons an die Loyalität der Mehrheit gebe zu der Hoffnung Anlaß, daß auch die Deutschen in Ostpreußen bessere Tage sehen dürften.

Die deutsche Minderheit könne mit der Genfer Formel zunächst zufrieden sein, wenn sie auch nicht eine volle Sühne für das hier begangene Unrecht darstelle. Es liege nunmehr an der Regierung, den in Genf formulierten Forderungen und damit dem Recht Genugtuung zu verschaffen. Es werde auch in Warschau klar sein, daß es diesmal nicht angängig sei, die praktische Durchführung der Systemänderung dem guten

oder bösen Willen lokaler Behörden zu überlassen, weil ja vor der Waitung über die einzuleitenden Maßnahmen Bericht zu erstatten sei.

Die „Rastowitzer Zeitung“ betont den Willen des Deutschtums in Polen, zur Befriedung des Landes beizutragen, sofern durch die Ausräumung der lokalen Hindernisse die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Von den reichsdeutschen Grenzlandzeitungen schreibt die Weuthener „Ostpreussische Volksstimme“, das maßgebende Organ der ostpreussischen Zentrums-Partei, die Ostpreußenfrage bleibe auch nach der Ratstagung in der Schwebe.

Polen stehe in Zukunft unter dem starken Druck und der Kontrolle des Völkerbundes. Es sei klar, daß der geforderte Systemwechsel erst dann gesichert erscheine, wenn der böse Geist Ostpreussens verschwinde. Zum Schluss bemerkt das Blatt:

„Nicht um Sieg und Niederlage haben wir gekämpft, sondern um Freiheit und Gerechtigkeit für unsere schwer geprüften Volksgenossen jenseits der Grenze. Das ist uns Herzenssache und wird es bleiben. Das Endurteil über den Erfolg der Bemühungen Dr. Curtius' werden allerdings die praktischen Früchte der Beschlüsse des Völkerbundsrates fällen.“

Ähnlich erklart die „Ostpreussische Morgenpost“ in der Ratsentscheidung eine Grundlage für eine grundlegende Systemänderung in Ostpreußen.

Rein Vorsitz Amerikas.

Staatssekretär Stimson gegen die Ernennung eines Amerikaners zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz.

— London, 27. Januar.

Die Londoner „Times“ bringt eine Meldung ihres Berichterstatters in Washington, in der es heißt:

„Die Anregung, daß ein amerikanischer Bürger den Vorsitz auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz übernehmen solle, ist von der amerikanischen Regierung abgelehnt worden, und diese Haltung findet zweifellos die Unterstützung der öffentlichen Meinung. Auch der Gedanke einer Zwischenkonferenz unter Beteiligung eines Amerikaners hat keine Billigung gefunden. Staatssekretär Stimson legte dar, daß die Methode „Direkter Verhandlung“ nach Ansicht der Regierung geeigneter zur Behandlung der „wunden Stelle“ Europas sei.“

Die große Wichtigkeit der kommenden Konferenz wird in Washington ebensosehr gelehrt wie die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten unvermeidlich eine führende Rolle spielen werden. Aber man ist der Meinung, daß es zu weit gehen würde, wenn die Vereinigten Staaten die leitende Verantwortlichkeit übernehmen, die unvermeidlich wäre, wenn ein Amerikaner auf der Abrüstungskonferenz den Vorsitz führen würde.“

Die Frage des Vorsitzes der Abrüstungskonferenz ist also auch jetzt noch völlig ungeklärt; daß aber der tschechische Außenminister Beneš nicht der Mann ist, der die Abrüstungskonferenz auch nur zu einem bescheidenen Erfolg führen kann, gilt heute erst recht.

Ostpreußenabordnung bei Brüning.

Vor einer neuen Kabinettsitzung zur Beratung der Osthilfe.

Unter Führung des Oberpräsidenten von Ostpreußen Siehr und des Herrn von Hüppe erschienen Vertreter der ostpreussischen General-Landschaft beim Reichskanzler, um ihm die Wünsche der ostpreussischen Landwirtschaft vorzutragen. An der Besprechung nahmen außerdem teil: die Reichsminister Dietrich, Treubner und Schiele, die preussischen Minister Hirschfelder, Hüpper-Alhoff und Steiger sowie Reichsbankpräsident Luther und Staatssekretär Krüger.

7. Volkshochschulwoche in Bethel.

Zum 7. Male hatten sich in den ersten Tagen des neuen Jahres die Mitschüler und -schülerinnen unserer beiden westfälischen Volkshochschulen in Bethel und Lienen auf dem Lindenhof zur Volkshochschulwoche versammelt. Man hat immer versucht, gegenwarts- und lebensnahe Fragen miteinander auf diesen Tagungen zu verhandeln. Geht es uns doch darum, unsere Zeit und die Bewegung in unserer Zeit zu verstehen, um dann zu fragen: Was sollen wir tun? So war es fast eine Selbstverständlichkeit, daß in diesem Jahre die Bewegung von uns besprochen werden mußte, die gegenwärtig wohl am meisten das Für und Wider herausfordert: Der Nationalsozialismus. Und wer es noch nicht gewußt hatte, wie sehr diese Bewegung, die mehr sein will und mehr ist als eine politische Partei neben den anderen, die Gemüter bewegt, dem konnte unsere Tagung das wieder deutlich machen. Nicht nur der Vortrag, der speziell diesem Thema gewidmet war, sondern auch sonst alle Besprechungen konzentrierten sich mehr oder weniger, gewollt oder ungewollt, immer wieder um diese Frage.

Der Begrüßungsabend galt dem Andenken Vater Bodelschwinghs, dessen 100. Geburtstag am 6. März gefeiert wird. Miss. Josp. Trittelwitz erzählte von seinem Erleben und Begegnen mit dem alten Vater. Wenn er heute noch unter uns wäre, ob er eine Antwort auf die Fragen unserer Zeit wüßte?

Am nächsten Morgen begannen die Vorträge zu den verschiedenen Themen des Arbeitsplanes. Nach einer feierlichen Morgenfeier sprach P. Niemöller-Bielefeld über den Nationalsozialismus. Es ging uns darum, in sachlicher Aussprache jenseits des politischen Schlagwortes uns Rechenschaft über die letzten Kräfte der Bewegung zu geben. Das konnte nicht geschehen ohne eingehende Erörterung ihres weltanschaulichen Hintergrundes. Denn der Referent ging deutlich von der Feststellung aus, daß der Nationalsozialismus der Träger der deutschen Wiedergeburt sei und ein neues Zeitalter heraufzuführen wolle. Daher besteht seine Aufgabe in der Kritik an Altem und in seiner Ablösung durch etwas Neues. Er geht aus von der radikalen Kritik an der Jugendbewegung und ihrer Kultur, am Parlamentarismus, am Interna-

tionalismus, am Pazifismus, vor allem aber am Marxismus, seinem Todfeind. Das Rasseproblem ist die Frage unserer Zeit und wird als solche nur vom Nationalsozialismus mit besonderem Nachdruck in den Mittelpunkt gerückt. Von Hitler wird sie religiös begründet: Die Reinhaltung der Rasse ist ein Gebot des Schöpfers. Die Frage kann überschätzt werden. Von Ludendorff und einigen Führern des Nationalsozialismus wird der Rassegedanke in einer Weise verabsolutiert, daß ihre Irrwege offenkundig sind. Sie finden bei der offiziellen Bewegung keinen Rückhalt. Jedenfalls bietet, so schloß der Referent, die Bewegung manches Hoffnungsvolle. Eine Jugend mit neuen Idealen und voll Begeisterungsfähigkeit steht auf. Der Kampf gegen den Kulturpessimismus und für eine neue Sittlichkeit wird vorangetragen. Andererseits dürfte man den Nationalsozialismus nicht überfordern. Eine religiöse Erneuerung unseres Volkes kann nicht von hier erwartet werden.

Fragen und Bedenken grundsätzlicher Art meldeten sich in der Besprechung an. Ist der Nationalsozialismus in der Lage, von seiner Einstellung her in dem Schwere, was unser Volk durchlebt, Gottes Gericht zu befragen? Ist er bereit, sich unter das Gericht zu beugen, um durch die Buße hindurch den Weg zur Rettung zu finden? Sodann — ist mit der Lösung des Rasseproblems, wie sie der Nationalsozialismus sucht, wirklich eine Lösung aller Fragen gegeben, um die es hier geht? Wer mit ganzem Ernst so fragte, erfuhr wieder einmal, daß eine letzte befriedigende Antwort auf diese Fragen bis zur Stunde noch nicht gegeben ist.

Und daß man die Dinge auch ganz anders sehen kann, das machte uns der zweite Vortrag am Nachmittag deutlich. Pastor Merz, Bethel, sprach zu dem Thema: Die Kirche und die Lage unserer Zeit. Was ist Kirche? Kirche gibt es nicht irgendwie für sich, sondern nur in enger Beziehung zu ihrer Zeit und Umwelt, in unabdingbarer Sympathie, d. h. Mitleidenschaft mit ihrer Zeit. Die Kirche leidet mit an den Nöten der Welt, darum hat sie stets ein Wort zur Lage ihrer Zeit. Wo das nicht mehr der Fall ist, da fehlt es an der Kirche.

Denn die Kirche ist dort, wo Menschen glauben, daß Gott der Herr der Welt ist, wo sie sich zum Ausdruck dessen unter ihn stellen, wissend, daß sie sein Wort nur hören

können in brüderlicher Verbundenheit miteinander. Damit, daß wir als Kirche einer Lage gegenüberstehen, die ganz anders ist als sie sein sollte, merken wir, daß es mit der Kirche nicht stimmt.

Welches ist die Lage unserer Zeit? Auf der einen Seite steht der Bolschewismus, der die Herrschaft Gottes radikal verneint und statt dessen die Herrschaft des Menschen proklamiert, deshalb die unbedingte Aufhebung gegen alle Ordnung. Das weltliche Bürgertum steht mit dieser Geistesrichtung grundsätzlich auf der gleichen Linie. Daher die große Angst vor der Gefahr, die von dort her droht. Man ist innerlich völlig wehrlos, weil man im Grunde in derselben Richtung sich bewegt. In dem Kampf, der hier entbrennt, läßt man sich gern auch die Bundesgenossenschaft der Kirche gefallen. Aber man will die Kirche doch nur als Wagnis; sie soll gewissermaßen unter Geschäftsordnung stehen. Das darf die Kirche sich nicht gefallen lassen, sie hat unbedingt den Herrschaftsanspruch Gottes zu vertreten.

Als neue Bewegung ist nun von der anderen Seite ein neuer Nationalismus entstanden, der eine ganz neue Wendung bringen will. Wenn wir nun fragen, wie sich die Kirche dieser Bewegung gegenüber verhalten soll, so bedeutet das keineswegs nur zu erkunden, ob der Nationalsozialismus in seinen äußeren Grundzügen mit der Kirche übereinstimmt. Vielmehr ist das die Frage, die die Kirche an den Nationalsozialismus zu stellen hat: Tragt ihr die Not der anderen und beugt ihr euch unter Gottes Herrschaft? Das Gute, das die neue Bewegung bringt, ist unbedingt zu bejahen und anzuerkennen. Gott kann diese Bewegung gebrauchen, um unserem Volke Heil zu schaffen, so wie er sich einst des heidnischen Königs Cyrus bediente, um sein Volk Israel zu befreien. In jedem Fall aber kann sich die Kirche niemals unbedingt irgend einer weltlichen oder politischen Bewegung verschreiben. Cyrus war in jenem Fall Gottes Knecht, der seinen Willen vollstreckte. Aber sein Bild wurde im Tempel nicht aufgestellt. In diesem Zusammenhang fiel das Wort, daß das Hakenkreuz wie auch die Abzeichen anderer politischer Gruppen nicht vor den Altar der Kirche gehören.

Denn aufs Beste und Tiefste gesehen, hat die Kirche dem Nationalsozialismus gegenüber manche kritische

Unterzeichner

Nach seiner gartische Minister der Hauptstadt such abgelehnt, widerung des lers in Budapest Anwesenheit d Wien wollte a in der Bundes

Im Verle Bethlen und M gerichtsvertra 10. April 19 Einleitung des das bestehende Oesterreich und der frühere haitlicher Hinf heutige Abkom über das jedem verfahren. De die Erfahrung abschluß und Schiedsgerichts die zwischen b Schiedsgerichts

Das Pro

Seine Bereitf

Eine eng gebende Erklä Sachkanzler i lisch-amerikani war. Horne v einigten Staar reit sein wer gendwische Ko auf hin, daß Regierung lei politisch möglic

Das Bla wichtig angefi Revision des j daraus zu fol derung in d ligen könne, n schen Zahlun wird.

Kritik

Ausführung d direction Ma

Im Nach verkehrsmini schuß des Re geplante Auf burg, wobei n Kritik geübt

Reichsw Galle der Re den Plänen d Kenntnis bek

Frage aufzun nere, sittliche in Bielefeld verglichen, so nerfte Entschl der Kirche hie Reuen Testam die Unterwerf fragen: Kenn der Vergebun nicht jein Ra der Fall ist? keit nicht rich Denn das ist

Ein letztes Kirche dem der heute Man pflegt damit eine Damit ist f leistet, als ob gebroden we schen Meinun Beugung unt

Auch an d sprache an. Den politische lebendig gew allen äußeren auf Gott zu Zeugnis für merkt, wie h Klarheit hinc

Der Somm P. Thiemann Vorstandes u Betheler Vol dann einen A das Thema: Zur Gemein zum Dienst r wissen der C

Graf Bethlen in Wien.

Unterzeichnung eines österreichisch-ungarischen
Freundschaftsvertrags.

Nach seinem Besuch in Deutschland hat der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen nunmehr auch der Hauptstadt Deutsch-Österreichs, Wien, einen Besuch abgestattet. An sich handelt es sich um eine Erwiderung des Besuchs des österreichischen Bundeskanzlers in Budapest vom Frühjahr 1930. Während der Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten in Wien wollte auch der österreichische Gesandte Salice in der Bundeshauptstadt.

Im Verlaufe des Besuchs unterzeichneten Graf Bethlen und Vizkanzler Dr. Schöber einen ungarisch-österreichischen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag, wodurch der alte Schiedsvertrag vom 10. April 1923 eine Abänderung erfährt. In der Einleitung des jetzigen Vertrags wird ausdrücklich auf das bestehende Freundschaftsverhältnis zwischen Deutsch-Österreich und Ungarn hingewiesen und erwähnt, daß der frühere Vertrag wesentlich ergänzt wird, in inhaltlicher Hinsicht aber aufrecht erhalten bleibt. Das heutige Abkommen enthält ferner nähere Bestimmungen über das jedem Schiedsgericht vorangehende Vergleichsverfahren. Der Vertrag stützt sich insbesondere auf die Erfahrungen, die man seit dem letzten Vertragsabschluß und dem seither beträchtlich entwickelten Schiedsgerichtsverfahren, im übrigen lehnt er sich an die zwischen verschiedenen Staaten bereits bestehenden Schiedsgerichtsverträge an.

In einer Unterredung mit Journalisten betonte Graf Bethlen, wenn sein Besuch in Wien abermals Gerüchten über die bevorstehende Bildung eines Abkommens über eines anderen Staatenbunds auslösen sollte, dann wolle er von vornherein feststellen, daß der einzige Zweck seines Besuchs die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen sei. Deutsch-Österreich und Ungarn würden aber nicht nur durch

wirtschaftliche Bande und gemeinsame
politische Interessen

verbunden. Wie er es anlässlich seines Berliner Besuchs betont habe, stelle zwischen der ungarischen und der deutschen Nation die deutsche Minderheit in Ungarn ein starkes Bindeglied dar. Das Gleiche gelte für Österreich.

In Berlin und auch anderswo habe er in nicht mißzuverstehender Weise erklärt, es sei ein hervorragendes Interesse Ungarns, daß die deutsche Minderheit in Ungarn sich so wohl fühle, wie unter ihren Stammesbrüdern. Die Minderheitenpolitik Ungarns werde auch in Zukunft von dieser Auffassung geleitet sein. Sollte den Minderheiten, sei es in ihrer Gesamtheit, sei es in der Person eines einzelnen, trotz der bestehenden Gesetze und Verordnungen eine Unbill widerfahren, so werde die ungarische Regierung diese ebenso ahnden, wie die Verletzung irgendeines anderen Gesetzes.

11000 Jüder freigelassen.

Trotzdem befinden sich noch 23500 politische Gefangene im Gefängnis.

In der Jüdischen Gesetzgebenden Versammlung zu Telhi gab Minister Grerar eine Erklärung ab, nach der von den 54000 Personen, die wegen ihrer Beteiligung am passiven Widerstand zwischen April und Dezember vorigen Jahres abgeurteilt wurden, 11000 gegen das Verprechen künftigen Wohlverhaltens freigelassen worden sind. Im Gefängnis befinden sich gegenwärtig noch 23500 Personen.

Staffelung des Notopfers?

Die weitere Klärung der Frage einem Unterausschuß überwiegen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit dem Antrag Breitscheid auf Staffelung der in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 vorgeschriebenen Beamtengehaltskürzung. Während nach der Notverordnung für alle Beamten gleichmäßig eine Gehaltskürzung von 6 Prozent eintreten soll, will der sozialdemokratische Antrag die Kürzung staffeln und sie mit 4 Prozent beginnen und mit 10 Prozent enden lassen.

Reichsfinanzminister Dietrich bezifferte den Ausfall bei einer Annahme des Antrags auf insgesamt 100 Millionen Mark. Würde man eine Staffelung herbeiführen, so werde man nicht unter den Satz von 6 Prozent heruntergehen können. Die Arbeiter würden es nicht verstehen, daß sie sich einen sechsprozentigen Lohnabzug gefallen lassen müssen und die Beamten, die doch eine gesicherte Stellung haben, jetzt nachträglich in ihren Abzügen entlastet würden.

Die Regierung sei zu einer gründlichen Prüfung dieser Fragen bereit, aber sie bittet, keine Beschlüsse zu fassen, durch die der ganze jetzt überwundene Kampf wieder neu aufgerollt werde. Auch die italienische Regierung habe eine einheitliche Gehaltskürzung um 12 Prozent durchgeführt.

Nach längerer Debatte wurde der Staffelantrag darauf einem Unterausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Eingabe der Bergarbeiter.

Appell zu verstärkter Preisentung und Durchführung der Arbeitsbeschaffungsaktion.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (alter Bergarbeiterverband) betont in einer Eingabe an die Reichsregierung, die Neuordnung der Tarife habe im Ruhrbergbau den Bergarbeitern schwere Sorgen hinterlassen. Die Reichsregierung wird gebeten, ihre Bemühungen zur Senkung des Preisniveaus mit aller Energie fortzusetzen. Die Arbeiter würden ein Verlangen des Preisabbaus einem Verlangen der Staatspolitik gleichsetzen. Die Knappschaftsversicherung habe eine Last zu tragen, die ohne öffentliche Hilfe nicht bewältigt werden könne. Weiter wird die Hilfe der Reichsregierung für die Durchführung einer Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsverteilungsaktion reklamiert, um der katastrophalen Kürzung im Bergbau Einhalt zu gebieten. Die Suspendierung des Mehrarbeitsabkommens sei die letzte Zuflucht vor dem Chaos.

16 Millionen Mark für die Knappschaft.

— Berlin, 27. Januar. Wie verlautet, hat die Reichsregierung der Reichsknappschaft, um sie über die akuten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, je 8 Millionen für Februar und März zur Verfügung gestellt. Für

Das Problem der Kriegsschulden

Seine Bereitschaft Amerikas zu einem Schuldennachlaß?

Eine englische Zeitung veröffentlicht eine „maßgebende Erklärung“ Sir Robert Hornes, der britischer Schatzkanzler unmittelbar vor dem Abschluß des englisch-amerikanischen Schuldabkommens durch Baldwin war. Hornes warnt vor der Erwartung, daß die Vereinigten Staaten in der unmittelbaren Zukunft bereit sein werden, ihren europäischen Schuldnern irgendwelche Konzessionen zu gewähren. Er weist darauf hin, daß bei der augenblicklichen amerikanischen Regierung keine Veränderung in der Kriegsschuldenpolitik möglich ist.

Das Blatt bemerkt dazu, Hornes Erklärung sei wichtig angesichts der Kampagne, die zu Gunsten der Revision des Young-Planes geführt wurde. Es scheint daraus zu folgen, daß Großbritannien keine Verminderung in den deutschen Reparationszahlungen billigen könne, wenn nicht ein Äquivalent in den britischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten geschaffen wird.

Kritik an der Reichsbahn.

Ausschussebatte über die Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg. — Der Reichstag wünscht Richtlinien.

Im Rahmen der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums entspannt sich im Haushaltsausschuß des Reichstags eine längere Debatte über die geplante Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg, wobei mehrfach an dem Vorgehen der Reichsbahn Kritik geübt wurde.

Reichsverkehrsminister v. Güterbad erklärte, im Falle der Reichsbahndirektion Magdeburg habe er von den Plänen durch die Vorlage für den Verwaltungsrat Kenntnis bekommen und bei der Hauptverwaltung stets

geheißt, daß seitens des preussischen Ministerpräsidenten und des Handelsministeriums Bedenken gegen die Aufhebung der Direktion nicht erhoben worden seien. Er, der Reichsverkehrsminister, habe ebenfalls die Gründe der Reichsbahngesellschaft als sachlich berechtigt anerkannt.

Nicht zugeben könne er, daß für die Stadt Magdeburg besondere Nachteile aus der Aufhebung der Direktion entstehen würden, besonders angesichts der Ausgleichsmaßnahmen, die die Reichsbahn durch Verlegung der Verkehrskontrolle nach Magdeburg vorgenommen habe.

Angenommen wurde eine Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, dahin zu wirken, daß die erforderliche Vereinfachung der Verwaltung und die damit im Zusammenhang stehende Auflösung entbehrlicher Landesfinanzämter, Oberpostdirektionen, Hauptverwaltungsämter und Reichsbahndirektionen bald und nach einheitlichen Gesichtspunkten danach erfolgt, daß unter Wahrung der sachlichen Bedürfnisse unter den einzelnen Amtsorten ein Ausgleich geschaffen wird. Zu verhindern sei jedes, der Reform hinderliche Vorworge einzelner Verwaltungen, und deshalb auch die in Aussicht genommene Auflösung von Reichsbahndirektionen.

Agrarbesprechungen in Paris.

Für Anfang Februar geplant.

Der Außenpolitiker des „Petit Parisien“ kündigt an, daß Brian Anfang Februar die Vertreter der Staaten, die Getreide einführen, nach Paris zu einer Besprechung einladen werde. Der Berichterstatter glaubt, daß unter den Delegierten dieser Staaten rasch eine Verständigung erzielt werden würde. In einigen Monaten werde auch das Amt für die Verteilung der landwirtschaftlichen Kredite eingerichtet sein.

— Das Korps Gassia in Gießen, dem der frühere Berliner Oberbürgermeister Böß angehörte, hat Böß gemäß Beschluß des Senatorenkonvents das Band entzogen.

Frage aufzuwerfen. Der Nationalsozialismus will innere, sittliche Wandlung und Erneuerung. Hitlers Rede in Bielefeld wurde mit einem Evangelisationsvortrag verglichen, so sehr war hier der Ton ganz auf diese innere Entscheidung gelegt. Dennoch ist vom Standpunkt der Kirche hier zu fragen: Ist das Buße im Sinne des Neuen Testaments, was hier verlangt wird? Geht es um die Unterwerfung unter Gottes Herrschaft? Ferner ist zu fragen: Kennt der Nationalsozialismus das Wort von der Vergeltung, wie es der Kirche aufgetragen ist? Zeigt nicht sein Kampf, in wie weitgehendem Maße das nicht der Fall ist? Damit aber ist gesagt, daß er die Wirklichkeit nicht richtig sehen und ihr nicht gerecht werden kann. Denn das ist nur im Licht der Vergeltung möglich.

Ein letztes Wort der Kritik ist vom Standpunkt der Kirche dem Konservatismus gegenüber am Platz, der heute weithin wieder wach geworden ist. Man pflegt Volkstum und Sitte und glaubt damit eine neue Kraftquelle zu erschließen. Damit ist dem gefährlichen Irrtum Vorstoß geleistet, als ob mit alledem auch dem Evangelium Bahn gebrochen werden könne. Die Kirche hat auch dieser falschen Meinung gegenüber den Ruf zu erheben, der Beugung unter Gottes Herrschaft verlangt.

Auch an diesen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Aussprache an. Die Frage nach dem Verhältnis der Kirche zu den politischen Parteien, wie zum Staat überhaupt, war lebendig geworden. Soll die Kirche es wagen, sich von allen äußeren Bindungen frei zu machen, um sich allein auf Gott zu stellen? So allein könnte sie tatsächlich ihr Zeugnis für Gott in dieser Welt ganz ausrichten. Man merkt, wie sehr wir auch hier in das Ringen um letzte Klarheit hineingestellt sind.

Der Sonntag brachte zunächst einen Gottesdienst von P. Thiemann in Sarepta, sodann die Verhandlungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung des Bundes Betheler Volkshochschüler. Am Nachmittag hörten wir dann einen Vortrag von P. Fritz v. Bodelschwingh über das Thema: „Die Gemeinde und die Not unserer Zeit.“ Zur Gemeinde Christi gehören die, die den Ruf Christi zum Dienst vernommen haben. Sie sollen Herz und Gewissen der Ortsgemeinde sein. Sie haben der Not un-

serer Zeit gegenüber eine Aufgabe, die um so mehr wächst, je mehr die Hilfe des Staates nach innen und außen versagt. Das sei aber in unserer Zeit der Fall. Dadurch, daß der Staat immer mehr seine Hand auf die private Wohltätigkeit wie überhaupt auf das persönliche Leben des einzelnen legt, würde die Hilfeleistung viel schwerfälliger und härter. Wir stehen vor einem Trümmerhaufen. In dieser Lage hat die Gemeinde ihre Aufgabe. Denn ihr wurde von Christus das Auge für die Wirklichkeit geschenkt, das macht sie wahrhaftig und barmherzig zugleich. Sie sieht nicht nur unsere Not, sondern auch unsere Schuld. Darum sucht sie, statt zu schelten und kritisieren, zu helfen. Wie kann sie helfen? Ihr Dienst soll am Nächsten einsetzen. Er geht aus von der Heiligung und Festigung der natürlichen Ordnungen in Familie und Nachbarschaft. Dessenfalle Fürsorge ist manchmal ein Hindernis persönlicher Verantwortung für den andern und nachbarlicher Hilfeleistung. Aber sie kann diese nicht ersetzen. Erst wenn die Kräfte wirklicher Nächstenliebe wieder einsetzen, können mit ihren Mitteln die schlimmsten Ursachen der Volksnot, Arbeits- und Wohnungsmangel, in entscheidender Weise gemildert werden. Die Gemeinde Christi tut diesen Dienst im Hinblick auf die Verheißung Christi mit zuversichtlicher Hoffnung.

Der Vortrag richtete an jeden von uns die Frage: Wo kann ich helfen? Wo erwacht aus der Not für mich der Ruf zum Dienst?

Vom Dienst der Kirche und der Gemeinde am eigenen Volk hatten wir gesprochen. Aber die Christenheit hat auch eine Aufgabe in der Welt, die sie nicht vergessen darf. Von ihr sprach in zwei Vorträgen Pastor Ronicke, Bethel. Der erste Vortrag suchte uns ein Bild der heutigen Weltlage zu vermitteln. Im Leben der Völker untereinander zeigen sich dieselben Nöte und Spannungen, wie im Leben des einzelnen Volkes. Durch Ueberwindung der Entfernungen sind die Völker nahe zusammengerückt. Das bedingt immer engere Beziehungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Der Lebensraum ist zu enge geworden. Den überbevölkerten Ländern (China, Japan, Indien) aber stehen Kontinente mit sehr schwacher Bevölkerung gegenüber, die sich gegen den Zu-

strom der Einwanderung abschließen. Die weiße Rasse, die seit 400 Jahren in steigendem Maße die Welt beherrscht, sucht ihre Herrschaft in dieser Weise zu behaupten. Alle diese Tatsachen wurden mit Zahlen belegt, zugleich aber wurde betont, daß hinter diesen nackten Zahlen eine Unsumme persönlichster Not stehe. Die farbigen Völker sind erwacht und suchen ihr Recht. Sie suchen ihren weißen Beherrschern dadurch ebenbürtig zu werden, daß sie sich ihr Wissen und ihre Zivilisation aneignen. Dadurch entsteht eine von allem Religiösen gelöste und ihm fremd gegenüberstehende Geistesrichtung, der „Säkularismus“. Der Kampf zwischen Christentum und Antichristentum ist auf der ganzen Linie, in aller Welt entbrannt.

Es ist die Aufgabe der Christenheit, der Welt in dieser Lage selbstlos zu dienen. Die Aufgabe ist vom Standpunkt der Welt sinnlos. Hier werden die Menschen als ein Aktivum angesehen, das man für seine Pläne mit in die Rechnung setzt. Erst der Christenheit wird es möglich, den Menschen als Menschen zu begegnen und ihnen als solchen zu dienen.

In der Besprechung tauchte noch einmal die Rassenfrage auf. Sie erhielt von den Erfahrungen der Mission her neues Licht. Die Sondernung der Rassen und die aus ihr sich ergebende Aufgabe ist da. Sie wird auch in der Mission nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt.

Und doch ist damit nicht das Letzte gesagt. Es gibt einen Standpunkt darüber, wo einer dem andern als Bruder begegnet über alle Unterschiede der Völker und Rassen hinweg.

Am Nachmittag waren gesonderte Vorträge für junge Mädchen und junge Männer über Berufsfragen. Dann kam der Schlußabend mit seinem Scherz und seinem Ernst. Wir schieden nicht mit gelösten Fragen und fertigen Antworten. Es ist nicht möglich, dem Einzelnen die Lösung mitzugeben, die er braucht für den Kampf, den unsere Zeit fordert. Es gilt, immer wieder um letzte Klarheit zu ringen. So klang die Tagung sinngemäß aus in der Bitte des Abendliedes, das uns am Schluß gesungen wurde: In der Bitte, „am ein Gott gehorham Herz“.

H. St.

Das am 1. April beginnende neue Rechnungsjahr soll dann eine Neuordnung der Verhältnisse vorgenommen werden.

Um Ruhrort-Meiderich.

Verhandlungen über einen Gehaltsabzug von 20%.
Wegen der beschlossenen Stilllegung der Hütte Ruhrort-Meiderich der Vereinigten Stahlwerke, wovon etwa 7000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden würden, hat sich der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres mit den Vereinigten Stahlwerken ins Benehmen gesetzt, auf die der Stadt und besonders deren Nordteil durch die eventuelle Stilllegung drohende katastrophale Lage hingewiesen und alles versucht, um die Stilllegung zu verhindern.

Darauf haben die Vereinigten Stahlwerke nach langen Verhandlungen das Angebot gemacht, die Hütte Ruhrort-Meiderich (den Alten Phoenix und die Alte Rheinpfalz) in weitem Umfang in Betrieb zu halten, und zwar mit 4500 Arbeitern, wenn die Arbeitnehmer freiwillig auf 20 Prozent des Normallohns verzichten.

Die Vereinigten Stahlwerke wollten dafür aber die Garantie übernehmen, daß nicht mehr als zehn Prozent Feierversicherungen eingeleitet würden, und sich der Arbeiterkassensystem verpflichten, bis zum 1. Oktober 1931 weitere Stilllegungen in diesen Betrieben nicht vorzunehmen, so daß durch dieses Angebot den Arbeitnehmern ein fester Arbeitsplatz bis zum 1. Oktober 1931 gewährleistet ist. Die Arbeiter, die hier beschäftigt werden, werden sich bei diesen Arbeitsbedingungen nicht schlechter fühlen, als die Arbeiter derjenigen Betriebe der Vereinigten Stahlwerke, die nicht stillgelegt werden.

Ueber dieses Angebot ist mit dem Betriebsrat und den Sozialvereinigungen verhandelt worden. Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt und sollen am Dienstag fortgeführt werden.

Der chinesische Innenminister hat eine Anordnung erlassen, wonach die Schiffe chinesischer Schiffsahrtsgesellschaften in Zukunft nicht mehr fremde Flaggen führen dürfen.

Eisenbahnunglück.

bei Groningen.

Amsterdam, 26. Januar. Am Montagabend gegen 19 Uhr fuhr ein von der deutschen Grenze kommender Personenzug etwa 150 Meter vor dem Bahnhof Groningen auf einen Güterzug auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß sich mehrere Wagen des Personenzuges ineinanderstießen und vollständig zertrümmert wurden. Drei Fahrgäste wurden getötet, zwei schwer verletzt. Sechs Reisende und Eisenbahnangestellte trugen leichtere Verletzungen davon. Mehrere Fahrgäste mußten aus den Trümmern herausgeholt werden. Soweit bisher bekannt geworden ist, befinden sich unter den Verunglückten keine Deutschen.

Folgeschwere Explosion an Bord eines aufgelaufenen Dampfers.

Madrid, 26. Januar. In der Nähe von Alicante lief ein spanischer Dampfer auf einen Felsen auf. An Bord entstand kurz darauf eine Explosion, die sechs Todesopfer forderte. Bei den Rettungsarbeiten wurden sechs Matrosen eines zur Hilfeleistung herbeigerufenen Dampfers schwer verletzt.

Letzte Meldungen.

Beratung der Schatzkürzung im Landtag.

Berlin, 27. Januar. Der Preussische Landtag nimmt am heutigen Dienstag seine Plenarberatungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen die Kürzung der Beamtengehälter und das Realsteuergesetz. Am Mittwoch will der Landtag die zweite Lesung des neuen Staatshaushaltsgesetzes beginnen.

Graf Bethlen bei Miklas.

Wien, 27. Januar. Bundespräsident Miklas empfing den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen und überreichte ihm sein Bildnis mit Wid-

mung und Unterschrift. Zuvor hatte Graf Bethlen auch dem Bundeskanzler Dr. Enders einen Besuch abgestattet.

Italien erwartet die Ankunft 50 junger Berber, die sich in Italien für den Dienst in der neuen berberischen Marine ausbilden wollen. Erbaut wird die neue Flotte von Italien.

Sinweis.

Die CCN, Creditgenossenschaft des Christlichen Notbundes zur gegenseitigen Hilfe e. G. m. b. H. Leonberg, hat als Zweckunternehmen bisher eine günstige Entwicklung genommen. Das große Vertrauen, das sie schon nach einjährigem Bestehen in allen Volksschichten gewonnen hat, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die CCN bestrebt ist, ihren Geschäftsbetrieb nach soliden Grundsätzen und in christlichem Geist zu führen. Die CCN wird von geschäftskundigen, gewissenhaften, christlichen Persönlichkeiten geleitet. Das System der CCN wird allgemein als vorbildlich anerkannt. Für alle diejenigen, welche auch bei einem geringen Einkommen durch angemessene monatliche Normal-Sparleistungen nach einigen Jahren in den Besitz eines Eigenheimes kommen möchten, oder eine drückende Hypothek ablösen haben, ist die CCN die geeignete Zwecksparkasse. Je länger ein Sparrer auf die Zuteilung seines Hypothekensparens warten kann, desto größer sind seine Vorteile. Jeder Wartende wird dadurch belohnt, daß der Zins, den er nach Zuteilung für sein Darlehen zahlen muß, um so geringer wird, je länger seine Wartezeit ist. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, bei genügend langer Wartezeit das Darlehen unverzinstlich in Anspruch nehmen zu können. Die Organisation paßt sich soweit als möglich den praktischen Bedürfnissen an und ist so aufgebaut, daß die längste Wartezeit auch bei einer Mindest-Einsparung von 2 Prozent höchstens 13 Jahre beträgt. Die Zinsreserven der CCN kommen restlos den wartenden Sparern zugute. Für den Fall des Todes ist durch die angegliederte Risiko-Lebensversicherung dafür gesorgt, daß den Hinterbliebenen das Eigenheim erhalten bleibt.

Beachten Sie die Anzeige!

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik; Dr. H. Huttel, Angelegenheiten; R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelbach 28. Für Geschäftsverhandlungen Postfach 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Für die Beweise liebender Teilnahme bei dem Heimgang meines lieben Mannes, unseres treuen Vaters, danken herzlichst

Frau Martha Domke und Kinder.

Bethel, den 26. Januar 1931.

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke“ der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Wir suchen ein nettes, christlich gesinntes

junges Mädchen

welches gut nähen und schneiden kann, als Stütze im Haushalt. Anfragen unter A 1080 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage

Pastor Felckekuren. Prosp. freil.

Ebert

Suche für arbeitsf. ältere Ver-

wandte, bisher in foz. Arbeit tätig.

Vertrauensstellung

in Kinder- oder Erholungsheim,

auch Hospiz. Evtl. ohne Gehalt

und spät. Kapitals-Beteiligung.

A. Keil, Frankenhäuser, Kyffh.

Wilhelmshöhe.

Bausparvertrag

der Patria über 25000 Mk. (evtl.

geteilt) für 2000 Mk. zu verkaufen.

Zuteilung in 1-2 Jahren. Ange-

bote unter A 1086 an die Ge-

schäftsstelle d. Bl.

Freizeiten mit Stimmbildungs-

turfen, speziell für

Stotterer

veranstaltet das Erholungsheim des Westdeutschen Singsingsbundes Haus Elfenburg in Caub am Rhein, vierwöchig im Mai und Spätsommer. Auserteit Pfarrer Sogemeier in Söllenbed b. Bielefeld.



HILSCHEES

ERHÖHEN DIE WIRK-

SAMKEIT JHRER AN-

ZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN

MUSTERGÜLTIGER AUS-

FÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH

BIELEFELD TELEFON 1306

Stellengefuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg



Hausbau Hauskauf

Schuldenablösung.

Vereins- und Gemeinde-

hausbau und -kauf

Existenzgründung

Berufsausbildung

Aussteuerbeschaffung

Die CCN hat den Zweck, auf christlicher, gemein-

nütziger Grundlage praktische Maßnahmen zu

wecken und zu pflegen und in allen wirtschaftlichen

Nöten tatkräftige Hilfe zu leisten.

Leistung: Bis heute wurden 3,5 Millionen RM

als niederverzinsliche, unkündbare Tilgungsdar-

lehen an 266 Sparrer verteilt.

Mitarbeiter mit guten Beziehungen überall gesucht.

Fordern Sie die ausführliche Aufklärungschrift

B 3 an gegen Einsendung von 30 Pfg. in Brief-

marken oder auf Postcheckkonto 2012, Amt

Stuttgart.

Wir werben um Ihr Vertrauen!

Kirchen- und Gemeinschaftsverbände haben bereits

Verträge mit uns abgeschlossen.

Schließen auch Sie einen Mitgliedsvertrag ab!

Besondere Vorzüge der CCN:

Gerechter Ausgleich zwischen kapitalschwachen und

kapitalstarken Sparern durch Belohnung des War-

tenden. Niedere Sparleistungen und Tilgungsraten.

Klarer Geschäftsplan. Niedrige Bemessung der

Verwaltungskosten. Gewissenhafte, verantwort-

ungsbewusste Geschäftsleitung.

Die CCN hat den Zweck, auf christlicher, gemein-

nütziger Grundlage praktische Maßnahmen zu

wecken und zu pflegen und in allen wirtschaftlichen

Nöten tatkräftige Hilfe zu leisten.

Leistung: Bis heute wurden 3,5 Millionen RM

als niederverzinsliche, unkündbare Tilgungsdar-

lehen an 266 Sparrer verteilt.

Mitarbeiter mit guten Beziehungen überall gesucht.

Fordern Sie die ausführliche Aufklärungschrift

B 3 an gegen Einsendung von 30 Pfg. in Brief-

marken oder auf Postcheckkonto 2012, Amt

Stuttgart.

Reichsgeschäftsstelle Leonberg.

CCN Creditgenossenschaft

d. Christl. Notbundes

zur gegenseit. Hilfe, e. G. m. b. H.,

Stuttgart.

Reichsgeschäftsstelle Leonberg.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Hospize und Heime

Christliches Erholungsheim „Viel“, Bad Drenthausen, Bethel b. Bielefeld, 1. und 2. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Sachsa. Mittelpunkt des Siedb. b. Sachsa. Christliches Erholungsheim „Viel“, Bad Sachsa, 1. und 2. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bielefeld. Christl. Hospiz. Tel. 2991. Bahnhofsstr. 30. Einzelzimmer 2-3 Mk., Doppelzimmer 4-6 Mk. Gute Speisen und Getränke. Auto-Unterstand.

Benneckenstein im Harz. Rathaus. 2. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Berlin N 24. Hotel Christl. Hospiz. 75 Zimmer. 120 Betten. Nähe der Brandenburger Tor. Auguststraße 82. Telefon Nord 997.

Braunschweig. Waldheide. Heideburg. 1. und 2. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Braunschweig. Waldheide. Heideburg. 1. und 2. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Braunschweig. Waldheide. Heideburg. 1. und 2. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Braunschweig. Waldheide. Heideburg. 1. und 2. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Erholungsheim d. Evang. Diakonieverbands (Christl. Hospiz) 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Hofstr. 10. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darlingrode b. Wernigerode. Haus „Viel“, 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Neulandhaus, Eisenach, nächst der Wartburg.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Darmstadt. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Münster. Christl. Hospiz. 1. Etg. - 18 gut eingerichtete Zimmer. Esbandbäder. Küche und Kasse. Bad und der Wäber. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.